



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Julia Post, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Aufklärungskampagne für Jugendmedienschutz auf digitalen Geräten und digitalen Plattformen
(Kap. 10 07 Tit. 67)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 67 (Förderung von generationenübergreifenden Maßnahmen und Projekten) für das Jahr 2026 von 656,4 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. Euro auf 1.156,4 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 67 (Förderung von generationenübergreifenden Maßnahmen und Projekten) für das Jahr 2027 von 656,4 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. Euro auf 1.156,4 Tsd. Euro erhöht.

Von den zusätzlichen Mitteln werden Aufklärungskampagnen zu Jugendmedienschutz auf digitalen Geräten und digitalen Plattformen finanziert.

Begründung:

Die zunehmende Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter erfordert dringliches staatliches Handeln im Bereich des Jugendmedienschutzes. Neben den vielen Vorteilen der digitalen Medien bringt ihre steigende Nutzung auch erhebliche Risiken mit sich, wie die Konfrontation mit nicht altersgerechten Inhalten, Cybermobbing, sexualisierte Gewalt und Radikalisierung, die sich auf psychische Gesundheit, soziale Kontakte und die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen auswirken. Gesellschaftliche Aufklärung muss seitens des Staates vorangetrieben werden: Durch landesweite Informationskampagnen soll die Bevölkerung über Risiken wie Cybermobbing, Cybergrooming und sonstige Formen der digitalen Gewalt, Desinformation und Informationsmanipulation, Radikalisierung und Extremismus aufgeklärt und für einen verantwortungsvollen sowie gesunden Umgang mit sozialen Medien sensibilisiert werden. Die Kampagne soll über mehrere Jahre laufen.